

Frau Präsidentin
Martha Schultz
Wirtschaftskammer Österreich
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

Zu Punkt 8.6
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes
vom 25.6.2026

Wien, am 03.06.2026

Antrag an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Österreich am 25. Juni 2026

Paketsteuer-Eigentor stoppen: Fairen Wettbewerb sichern statt heimische Betriebe kaputtbesteuern!

Österreichs Wirtschaft befindet sich in einer Phase stagnierenden Wachstums. Anstatt die Betriebe spürbar zu entlasten, plant das Finanzministerium mit der Einführung einer nationalen Paketsteuer ab dem 1. Oktober 2026 den nächsten massiven Fehlschlag. Zwar ist das grundsätzliche Ziel, endlich für faire Wettbewerbsbedingungen im Onlinehandel zu sorgen und gegen asiatische Billigplattformen (Temu, Shein) vorzugehen, absolut richtig. Die konkrete Umsetzung der nationalen Paketabgabe führt jedoch zu einer eiskalten Inländerdiskriminierung, bei der am Ende wieder die heimischen Händler die Leidtragenden sind.

Was als Kampfansage gegen Fernost inszeniert wird, trifft in der Praxis genau jene österreichischen Unternehmen, die bereits heute rechtskonform agieren und ihre Steuern im Land zahlen. Die geplante Umsatzschwelle von 100 Millionen Euro entpuppt sich dabei als Farce: Sie trifft über große Marktplatz-Plattformen (Amazon, Zalando, eBay) mehr als die Hälfte aller Onlineumsätze in Österreich und indirekt mehr als 4.000 österreichische KMU. Während der Staat einerseits Initiativen wie „KMU digital“ fördert, bestraft er dieselben Betriebe nun über die Hintertür, wenn sie diese digitalen Vertriebskanäle erfolgreich nutzen. Selbst das Bundesministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus (BMWET) und der Rechnungshof bewerten den Gesetzesentwurf der Bundesregierung in ihren parlamentarischen Stellungnahmen kritisch.

Zudem bringt der Entwurf einen absurden Bürokratiewahn mit sich. Es wird eine lückenlose steuerliche Unterscheidung zwischen klassischen Onlinebestellungen und Modellen wie Click & Collect erzwungen. Der absolute Höhepunkt des praxisfremden Irrsinns: Die Steuer soll selbst dann fällig werden, wenn Waren retourniert werden. Es wird also ein Kauf besteuert, der wirtschaftlich gar nicht stattgefunden hat.

Laut einem neuen Gutachten der GAW (Gesellschaft für Angewandte Wirtschaftsforschung, Innsbruck) würde die nationale Paketsteuer zu einem Verlust von rund 2.400 Arbeitsplätzen im Land, einem Rückgang des Bruttoregionalprodukts um bis zu 300 Mio. Euro jährlich, einem Rückgang der Bruttowertschöpfung um bis zu 238 Mio. Euro jährlich sowie zu einem Rückgang der öffentlichen Rückflüsse aus Steuern und Abgaben um knapp 140 Mio. Euro führen.

Ein nationaler Alleingang ist völlig verfehlt – ähnliche Versuche in Frankreich und Italien sind bereits krachend gescheitert. Zumal die echten, wirksamen Lösungen längst auf europäischer Ebene beschlossen sind: Ab dem 1.

Juli 2026 fällt EU-weit die Zollfreigrenze für Drittstaatsensendungen unter 150 Euro, gefolgt von einer EU-weiten Handling-Fee im November 2026. Genau diesen Weg – kombiniert mit einer digitalen Aufrüstung des heimischen Zollwesens zur effektiven Grenzkontrolle – muss Österreich konsequent verfolgen, anstatt die eigene Wirtschaft zu schwächen.

Die Freiheitliche Wirtschaft fordert daher klar:

- **Nein zur Inländerdiskriminierung:** Ein striktes Auftreten gegen eine nationale Paketabgabe, die unter dem Deckmantel der Fairness in Wahrheit die heimische Wertschöpfung und rechtstreuere Betriebe abstrafft.
- **Schutz für digitale KMU-Pioniere:** Österreichische Klein- und Mittelbetriebe, die digitale Plattformen und Marktplätze nutzen, dürfen nicht durch die Kollateralschäden eines handwerklich schlecht gemachten Gesetzes belastet werden.
- **Schluss mit dem Retouren- und Bürokratie-Irrsinn:** Keine Besteuerung von rückabgewickelten Scheingeschäften (Retouren) und kein neuer Dokumentationswahn für Click & Collect-Modelle.
- **Europäische Lösungen statt nationaler Alleingänge:** Konsequente Unterstützung der ab Juli 2026 greifenden EU-Zollmaßnahmen gegen Drittstaatsensendungen sowie die digitale Aufrüstung des österreichischen Zolls.

Daher stellen die unterfertigten Delegierten folgenden

ANTRAG

Die Präsidentin sowie die Organe der Wirtschaftskammer Österreich werden dringend aufgefordert, mit aller Vehemenz an die Bundesregierung heranzutreten, um die Einführung der geplanten nationalen Paketabgabe zu stoppen. Anstatt ein bürokratisches Eigentor zu schießen, bei dem die heimischen Betriebe wieder die Leidtragenden sind, muss sich die WKÖ für den konsequenten Vollzug der bereits beschlossenen europäischen Zollreformen ab Juli 2026 einsetzen und faire Wettbewerbsbedingungen durch einen lückenlosen Vollzug an den EU-Außengrenzen einfordern!



Thomas Kainz
WP-Delegierter



Reinhard Langthaler
WP-Delegierter



LAbg. Leo Lugner
WP-Delegierter